

Lagebericht für das Jahr 2024

I. Grundlagen des Unternehmens / Geschäftsmodell des Vereins

Der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Landesverband Berlin e.V. ist ein anerkannter Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege und ein Mitgliedsverband im Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. Der AWO Landesverband Berlin e.V. umfasst sieben Kreisverbände sowie 63 korporative Mitglieder. Bei der Arbeiterwohlfahrt und ihren korporativen Mitgliedern in Berlin sind rund 8500 Mitarbeitende beschäftigt. Im Landesverband gibt es durchschnittlich 159 Mitarbeitende und 345 Freiwilligendienstleistende in den Programmen Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Bundesfreiwilligendienst (BFD). Als Verband zählt die Berliner AWO derzeit ca. 4.650 Mitglieder.

Der AWO Landesverband Berlin e.V. wird durch einen hauptamtlichen Geschäftsführer in den operativen Belangen geführt und verbandspolitisch und strategisch durch den ehrenamtlichen Vorstand geleitet und beaufsichtigt. Weitere Organe des Vereins sind der Landesausschuss sowie die Landesdelegiertenkonferenz.

Als Wohlfahrtsverband ist die AWO in verschiedenen Bereichen der sozialen Arbeit tätig, wie beispielsweise im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, der Behindertenhilfe, der Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe, in der Seniorenarbeit, der Migrationssozialarbeit und der Pflege sowie in vielen weiteren Bereichen, um bei der Bewältigung sozialer Probleme und Aufgaben mitzuwirken. Dabei steht stets die Hilfe zur Selbsthilfe im Vordergrund. Die Werte Solidarität, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Toleranz sind die Grundlagen für das Handeln in der Arbeiterwohlfahrt.

Die Hauptfunktion des Landesverbandes liegt in der Brückenfunktion zwischen Politik, Gesellschaft und Landesverwaltung, dem AWO Bundesverband und den Mitgliedsorganisationen. Als Dachverband der einzelnen Gliederungen und Mitgliedsorganisationen nimmt der Landesverband zumeist koordinierende Aufgaben und die Dienstleistungsfunktion wahr. Ferner vertritt er die Interessen der AWO in verschiedenen Gremien auf Landesebene und ist zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit. Darüber hinaus ist der Landesverband selbst Träger von Angeboten in den Bereichen:

- Freiwilligendienste für Berlin und Brandenburg
- JugendKulturZentrum Pumpe
- Anlauf- und Beratungsstelle für Pflegekinder (Ombudsstelle)
- Vormundschaften, Pflegschaften und Beistandschaften
- Migrationssozialdienste
- Fachstelle für Migration und Behinderung und Digitale Teilhabe Seniorennetz Berlin

Für die Belange und Interessen von Kindern und Jugendlichen setzt sich in besonderem Maße auch das Landesjugendwerk ein, das Teil des Landesverbandes der Arbeiterwohlfahrt Berlin e.V. ist.

Weiterhin ist der AWO Landesverband Berlin alleiniger Gesellschafter der 100%igen Tochtergesellschaft AWO pro:mensch gGmbH. Diese ist vor allem in den Feldern Hilfen zur Erziehung, Kindertagesstätten und Integration tätig.

Der Landesverband hat darüber hinaus noch folgende Beteiligungen:

- 40%: GSE Gesellschaft für StadtEntwicklung gemeinnützige GmbH
- 5%: Berliner Werkstätten für Menschen mit Behinderung Gesellschaft mit beschränkter Haftung (BWB)
- 3%: AWO lifebalance GmbH

Zum AWO Landesverband Berlin gehören zudem die Stiftung SPI - Sozialpädagogisches Institut Berlin "Walter May" sowie die Franz-Neumann-Stiftung.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Veränderungen der branchenbezogenen Rahmenbedingungen im Bereich der Erbringung sozialer Dienste können über die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Mitglieder auch auf den Landesverband einwirken. Alle oben aufgeführten operativen Aufgabenfelder sind durch Bundes- und Landeszuwendungen finanziert. Es sind Eigenanteile einzubringen. Im Bereich des Jugendkulturzentrums Pumpe sind ferner Miet- und Pachteinnahmen zu erwirtschaften.

Im Jahr 2024 gab es im Bereich der korporativen Mitglieder fünf Neueintritte und zwei Austritte zu verzeichnen. Die Mitgliederstärke der korporativen Mitglieder ist somit leicht gestiegen. Aktuell sind 63 korporative Mitgliedschaften mit dem AWO Landesverband Berlin abgeschlossen.

a) relevante Veränderungen der fachpolitischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Bund und Land

Die Rahmenbedingungen für unsere Arbeit sind in 2024 noch einmal komplexer geworden: der Ukrainekrieg, der Nahostkrieg, die Präsidentenwahlen in USA, der nichtaufgestellte Bundeshaushalt 2026, die angekündigte Neuwahl des Deutschen Bundestages sowie die hohen Inflationsraten. Alle diese Faktoren spielen in das Geschehen in der Bundeshauptstadt und damit in unsere Arbeit ein.

Aufgrund der ungeklärten Bundeshaushaltsslage war lange unklar, wie die Freiwilligendienste und die Migrationsdienste für Erwachsene finanziert werden.

Vor allem war auch zusammen mit der LIGA massive Lobbyarbeit notwendig, um unmittelbare Kürzungen im Nachtragshaushalt 2025 abzuwenden. Es gelang unter anderem die kompletten Tarifvorsorgen im Haushalt 2025 zu halten.

Auf Landesebene wurden ferner die Verhandlungen zum Rahmenvertrag Eingliederungshilfe mit dem Land aufgenommen sowie die Rahmenvertragsverhandlungen zur Kindertagesstättenbetreuung vorbereitet.

b) relevante Veränderungen verbandspolitischer Rahmenbedingungen

Im Berichtszeitraum hat der neugewählte Landesvorstand seine Arbeit unter der Leitung der neuen Landesvorsitzenden, Ülker Radziwill, aufgenommen. Im 1. Quartal wurde Regina Preuß in den Landesvorstand, nominiert vom Kreisverband Nordwest, gewählt. Zum Jahresende

schied Andra Niemann aus, da sie zum 1.1.25 Direktorin des SPI wurde. Der Kreisverband Südwest nominiert Anne-Marie May für den Landesvorstand. Die Wahl erfolgte im Februar 2025.

Im Berichtszeitraum wurde der Prozess der Überarbeitung der seit 2007 unverändert bestehenden Kreisumlage aus Sicht des Landesverbandes abgeschlossen: Der Landesvorstand traf den Beschluss, den Kreisvorständen zu empfehlen, die Kreisumlage analog zum Verfahren der Mitgliedsbeitrag der Korporativen Mitglieder ab 2025 umzubauen und die in 2024 geltende Reduzierung zu beenden.

Der Geschäftsführerin-Vertrag der AWO pro:mensch gGmbH wurde verhandelt und läuft ab 2025 fünf Jahre. Die Gesellschafterversammlung stimmte dem zu.

Die bisherige Direktorin und Vorstandsvorsitzende des SPI teilte im Juni ihren Rücktritt zum 30.11.24 mit. Das Kuratorium hat unter Mitwirkung einer Personalagentur ein umfassendes Auswahlverfahren zur Neubesetzung zum 1.1.25 durchgeführt. Im mehrstufigen Verfahren konnte sich die bisherige Geschäftsführerin der Stiftung FSD, Andrea Niemann, durchsetzen. Das Kuratorium stimmte dem Vertrag zu und berief die Direktorin zur Vorstandsvorsitzenden. Das Kuratorium unter Leitung der Landesvorsitzenden hatte erstmals ein solches Verfahren initiiert.

Neben der normalen Fluktuation beginnt im Berichtszeitraum die nächste Verrentungsphase. Die für den Verband wichtige Stelle der Fachreferentin Kita, Ganztage und Familie wurde neu besetzt. Ferner stimmte der Landesvorstand dem Vorschlag des LGF zu, die Bereichsleitung Finanzen und Verwaltung ab Januar 2026 zur stellvertretenden LGF zu machen.

Der Landesverband hat als Jahresmotto für 2024 und 2025 „Demokratie stärken!“ ausgerufen und den Jahresempfang und weitere Veranstaltungen daran ausgerichtet.

c) Ausgewählte fachliche und verbandliche Schwerpunkte der Arbeit

Zu den Kernmanagementaufgaben gehörte die Begleitung des Neubaus der Geschäftsstelle des Landesverbandes am Halleschen Ufer 30A. Die letzte Bauphase gestaltete sich noch ausgesprochen schwierig und es kam nicht zur kompletten Baufertigstellung zum 1.6.24. In zwei Schritten erfolgte im Juni und Juli der Einzug und es dauerte noch bis Herbst, bis wesentliche Bauarbeiten abgeschlossen waren. Mit dem Bauherrn und Vermieter konnte bezüglich einiger strittiger Punkte keine Einigung erfolgen, weshalb zum Jahresende Anwälte eingeschaltet wurden.

Zum Juni ging die neue Anlauf- und Beratungsstelle / Ombudsstelle für Pflegekinder - finanziert im Rahmen eines Zuwendungsantrages – an den Start. Es handelt sich hierbei um eine Pflichtaufgabe nach Sozialgesetzbuch. Das Team besteht aus insgesamt sechs Personen (Voll- und Teilzeit) und hat ihren Standort in der Neuen Steinmetzstraße.

Das Zuwendungsprojekt Seniorennetz Berlin hat für das Berichtsjahr einmalige und zusätzliche Mittel erhalten. Einmalige Mittel wurden zur umfassenden Neuprogrammierung der Plattform gewährt. Diese konnte, nachdem die vereinfachte Vergabe europaweit ausgeschrieben worden war, bis Jahresende erfolgreich abgeschlossen werden. Zusätzliche Mittel konnten für eine weitere Personalstelle im Rahmen der digitalen Teilhabe generiert werden.

Auch im Rahmen des Verbandszieles zur Stärkung der seniorenpolitischen Kompetenz beschloss der Vorstand, das Projekt Aktivmobil für Senioren umzusetzen. Dies wird aus, für solche

Zwecke gebundenen, Erbschaftsmittel finanziert. Es wurde ein E-Fahrzeug gekauft, sowie eine Projektstelle ausgeschrieben.

Ebenfalls in diesen Kontext gehört das im 4. Quartal eingeworbene Zuwendungsprojekt Fachstelle Migration, Pflege und Alter. Es wird am Standort im Halleschen Ufer 30A angesiedelt sein und aus drei Mitarbeiter*innen bestehen.

2. Wirtschaftliche Lage

a) Ertrag und Aufwand

Der Gesamtertrag des Arbeiterwohlfahrt Landesverbandes Berlin e.V. betrug ohne Berücksichtigung der Zinserträge in 2024 TEUR 14.502 (i. Vj. TEUR 14.023). Das entspricht einer Erhöhung von ca. 3,4%, nach Abzug der Erbschaften aus 2023 beträgt der Aufwuchs 7,5%.

	2024		2023		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Zuwendungen	1.274	9,9	1.206	9,9	68
Umsatzerlöse	11.602	90,1	11.004	90,1	598
Betriebsleistung	12.876	100,0	12.210	100,0	666
Materialaufwand/ Bezogene Leistungen	-415	-3,2	-575	-4,7	160
Rohergebnis	12.461	96,8	11.635	95,3	826
Personalaufwand	-11.166	-86,7	-10.699	-87,6	-467
sonstige betrieblichen Aufwendungen	-2.423	-18,8	-2.001	-16,4	-422
Betriebliche Aufwendungen	-13.589	-105,5	-12.700	-104,0	-888
Zwischensumme	-1.128	-8,8	-1.065	-8,7	-63
sonstige betriebliche Erträge	1.513	11,8	1.695	13,9	-182
Betriebsergebnis vor Abschreibungen (EBITDA)	386	3,0	630	5,2	-244
Abschreibungen	-166	-1,3	-117	-1,0	-50
Betriebsergebnis	220	1,7	513	4,2	-294
Finanzergebnis	53	0,4	3	0,0	50
Neutrales Ergebnis	-170	-1,3	65	0,5	-235
Jahresergebnis	103	0,8	581	4,7	-478

Der Gesamtaufwand stieg um ca.7,4% auf TEUR 14.442 (i. Vj. TEUR 13.442).

Die Umsatzerlöse konnten im Berichtszeitraum um TEUR 598 auf TEUR 10.602 gesteigert werden. Dies ist wesentlich auf zusätzliche Projekte und höhere Einnahmen aufgrund von Tarifsteigerungen zurückzuführen.

Ertragsanalyse:

Analyse der Umsatzerlöse:

Zu den laufenden Zuwendungen kam im Jahr 2024 die Anlauf- und Beratungsstelle - Ombudsstelle für Pflegekinder mit einem Zuwendungsvolumen von 261 T€ hinzu. Das Projekt startete im Juni.

Die Erhöhung der Zuwendung des Seniorennetzes ergibt sich aus Mitteln, die für die Neuprogrammierung der Angebote-Plattform vom Senat bereitgestellt wurden. Flankierend wurde eine weitere Personalstelle im Rahmen der digitalen Teilhabe geschaffen.

	2024 TEUR	2023 TEUR	Veränderung TEUR
Freiwilligendienste			
FSJ	2.913	2.867	46
BFD	916	930	-14
	3.829	3.797	32
Vormundschaften	3.307	3.000	307
Migrationsberatung	2.652	2.865	-213
Anlauf- und Beratungsstelle	261	0	261
Jugendkulturzentrum "Pumpe"	343	275	68
Seniorennetz	434	148	286
Sprach-Kita	64	64	0
Übrige Projektförderungen	222	240	-18
	11.112	10.388	724
Vermietung und Dienstleistungen			
Mieterträge	467	595	-128
Sonstige Umsatzerlöse	23	21	2
	490	616	-126
	11.602	11.004	598

Analyse sonstige betriebliche Aufwendungen:

Die deutliche Erhöhung der Raumkosten geht auf einen neuen Mietvertrag, beginnend mit dem 01. Juni 2024, für die Geschäftsstelle und die Vormundschaften am Halleschen Ufer 30A zurück. In 2024 fielen darüber hinaus doppelte Mieten an. Besonders die Vormundschaften/Beistandschaften hatten die Miete für das alte Objekt bis Ende des Jahres zu tragen.

	2024 TEUR	2023 TEUR	Veränderung TEUR
Raumkosten	1.185	939	246
Aufwendungen Weiterleitung an Dritte	150	151	-1
EDV Kosten	227	142	85
Instandhaltung/ Wartung	102	101	1
Rechts- und Beratungsaufwand	101	75	27
Personalnebenkosten	50	52	-2

Versicherungsbeiträge	45	44	1
Werbe- und Repräsentationskosten	47	37	10
Telefon, Kommunikationskosten	34	36	-2
Bürobedarf, Fachliteratur	37	34	3
Organisationsberatung	115	34	81
Fahrzeugaufwand	39	31	8
Vergütung Ehrenamt	31	30	1
Gebühren, Beiträge, Abgaben	36	28	8
Porto	26	27	-1
Miete/ Leasing Betriebs- und Geschäftsausstattung	23	23	0
Bewirtungsaufwand	8	21	-13
Reisekosten	13	13	0
Nebenkosten Geldverkehr	7	7	0
Übrigen Aufwendungen	419	230	190
	<u>2.695</u>	<u>2.054</u>	<u>641</u>

b) Vermögensstruktur

Die Bilanzsumme beträgt TEUR 7.207 (i. Vj. TEUR 6.918). Darin enthalten sind TEUR 175 für Beteiligungen an anderen Unternehmen. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Aktivierung der neu programmierten digitalen Aktivitäten-Plattform für das Seniorennetz.

Die liquiden Mittel betrugen zum Bilanzstichtag TEUR 4.642 (Vj. TEUR 4.422). Im Berichtsjahr war die Zahlungsfähigkeit des Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V. zu jeder Zeit sichergestellt.

	31.12.2024		31.12.2023		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Langfristig gebundenes Vermögen					
Immaterielle Vermögensgegenstände	197	2,7	1	0,0	196
Sachanlagen	246	3,4	151	2,2	96
Finanzanlagen	175	2,4	175	2,5	0
	<u>618</u>	<u>8,9</u>	<u>327</u>	<u>4,7</u>	<u>292</u>
kurzfristig gebundenes Vermögen					
Vorräte	0	0,0	1	0,0	-1
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	327	4,5	231	3,3	96
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	12	0,2	9	0,1	3
Forderungen gegen nahestehende AWO-Organisationen	476	6,6	602	8,7	-126
Sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	1.132	15,7	1.327	19,2	-195
	<u>1.946</u>	<u>27,0</u>	<u>2.169</u>	<u>31,4</u>	<u>-223</u>
Liquide Mittel	<u>4.642</u>	<u>64,4</u>	<u>4.422</u>	<u>63,9</u>	<u>220</u>
Gesamtvermögen	<u>7.207</u>	<u>100,0</u>	<u>6.918</u>	<u>100,0</u>	<u>290</u>

Der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e. V. schloss das Wirtschaftsjahr 2024 mit einem Jahresüberschuss von TEUR 103 (i. Vj. TEUR 581. Davon entfielen TEUR 537 auf Erbschaften).

Die wirtschaftliche Lage des Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V. ist somit als hinreichend stabil zu bezeichnen.

Das Eigenkapital beträgt TEUR 5.672 (i. Vj. TEUR 5.570).

Kapitalstruktur:

	31.12.2024		31.12.2023		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Eigenkapital					
Vereinskapital	2.412	33,5	2.412	34,9	0
Rücklagen	3.158	43,8	2.577	37,3	581
Ergebnisvortrag	103	1,4	581	8,4	-478
	<u>5.673</u>	<u>78,7</u>	<u>5.570</u>	<u>80,5</u>	<u>103</u>
Mittelfristiges Fremdkapital					
Sonderposten für Zuwendungen (zur Finanzierung des Anlagevermögens)	282	3,9	103	1,5	178
	<u></u>	<u></u>	<u></u>	<u></u>	<u></u>
Kurzfristiges Fremdkapital					
Steuerrückstellungen	4	0,1	3	0,0	1
sonstige Rückstellungen	660	9,2	614	8,9	46
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	252	3,5	248	3,6	4
Verbindlichkeiten ggü verbundenen Unternehmen	8	0,1	1	0,0	7
Verbindlichkeiten ggü nahestehenden AWO-Organisationen	101	1,4	75	1,1	25
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	228	3,2	304	4,4	-76
	<u></u>	<u></u>	<u></u>	<u></u>	<u></u>
Gesamtkapital	<u>7.207</u>	<u>100,0</u>	<u>6.918</u>	<u>100,0</u>	<u>290</u>

Planvergleich und Ausblick:

Die Teilergebnisse Umsatzerlöse, Personalaufwendungen und Taschengelder sind in 2024 hinter den Planergebnissen zurückgeblieben.

In der Summe konnten jedoch mehr Ausgaben eingespart werden, sodass das Ergebnis letztendlich um 222 T€ über dem Plan lag. So fielen die Teilergebnisse in vielen Zuwendungsprojekten positiver als geplant aus.

Kennzahlen der Gewinn- und Verlustrechnung

	Ist 2024	Plan 2024	Abweichung	Plan 2025
	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Umsatzerlöse	11.602	11.979	-377	12.609
Personalaufwendungen	8.806	9.067	-261	9.697
Taschengelder FD	2.360	2.724	-364	2.563
sonst betr. Aufwendungen	2.695	2.687	8	2.960
Jahresergebnis	103	-119	222	-212

Der Wirtschaftsplan 2025 weist eine Steigerung der Ein- und Ausgaben aus. Es wurde mit einem Jahresdefizit von 212 TEUR geplant. Darin enthalten sind Entnahmen aus einer Erbschaft als Anschubfinanzierung für das neue Aktivmobil. Nach jetzigem Stand ist das geplante Ergebnis erreichbar, da die großen Zuwendungen entsprechend der Planung refinanziert werden.

Die wirtschaftliche Lage kann als hinreichend stabil angesehen werden, was sich in der weiterhin soliden Eigenkapitalquote von 79% (i.Vj. 81%) ausdrückt. Für 2025 wird eine ähnliche Eigenkapitalquote erwartet.

III. Nachtragsbericht

Die Arbeitgebervertretung der Tarifgemeinschaft musste innerhalb der Widerspruchsfrist, die der Tarifvertrag zur Hauptstadtzulage vorsieht, wenn die im TL-V tarifiert wurde, diesen Teiltarifvertrag kündigen. Die angefragten Senatsverwaltungen erklärten, dass sie die Hauptstadtzulage nicht zahlen werden. Mit der Gewerkschaft ver.di finden Gespräche zu Aktionen statt. Die Nachlassverwalterin für die Erbschaft Quast – Projekt Aktivmobil – gab im 1. Quartal die Mittel frei. Der offene Betrag wurde in 2025 an uns überwiesen.

Im März erhielten wir endlich den Zuwendungsbescheid für die Vormundschaften, die die deutlich höheren Mietkosten berücksichtigen. Hier besteht kein betriebswirtschaftliches Risiko mehr.

IV. Prognosebericht

Auf der Grundlage des beschlossenen Wirtschaftsplanes geht der Vorstand für das Geschäftsjahr 2025 von einem Jahresfehlbetrag in Höhe TEUR 212 aus. Darin enthalten ist eine Entnahme aus Erbschaften für das Projekt AktivMobil in Höhe von TEUR 82.

Es sind keine Einnahmeeinbußen bei Mitgliedsbeiträgen der korporativen Mitglieder zu erwarten. Auf Basis dieser Überlegungen ist davon auszugehen, dass das geplante Ergebnis erzielt wird.

Gemäß Landesvorstandsbeschluss wurde den Kreisverbänden die Anwendung der ermittelten „reguläre“ – als nicht reduzierten Kreisumlage – empfohlen. Wird diese in allen Kreisverbänden umgesetzt, wird eine positive Wirkung auf das Jahresergebnis erwartet.

Durch die unklare weltpolitische Lage mit Auswirkungen auf nationale Ökonomien, Inflation und Energiekosten und der Neuwahl des Bundestages ist der Prozess der Erstellung des Doppelhaushaltes 26/27 des Berliner Senats nicht klar kalkulierbar. Die Prognosen für 2026 sind somit nicht verlässlich zu machen.

V. Chancen- und Risikobericht

Als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege und als überregionale Mitgliedsorganisation ist der Landesverband im Wesentlichen in marktfernen Leistungssektoren tätig. Er wird überwiegend aus Zuwendungen finanziert. Mit Marktpreisen vergleichbare Entgelte erhält der Landesverband im Regelfall nicht.

Die hieraus resultierende strukturelle Abhängigkeit von öffentlichen Mitteln und Beiträgen der Mitgliedsverbände birgt sowohl Risiken bezüglich der mittel- und langfristigen Planungssicherheit, als auch Risiken einer möglichen Rückzahlungsverpflichtung. Weiterhin lässt diese marktunabhängige Finanzierung regelmäßig kaum Spielraum zur Erwirtschaftung von Überschüssen und zur Generierung von Wachstumspotentialen.

Die Vormundschaften, Pflegschaften und Beistandschaften haben minderjährige Jugendliche als Zielgruppe und sind seit über 50 Jahren zuwendungsfinanziert. Es ist wahrzunehmen, dass die Fallzahlen bei den Jugendämtern bezogen auf den Bereich Vormundschaften etwas rückläufig ist. Dies ist im Bereich Beistandschaften zurzeit nicht festzustellen.

Das JugendKulturZentrum Pumpe steht im Kontext der von der Jugendverwaltung vorgenommenen Kürzungen im Jugendbereich im Jahr 2025 vor großen Herausforderungen. Kostenübernahmen durch stark gestiegene Fernwärmekosten und die Stärkung des pädagogischen Auftrages fanden bisher, trotz anfangs positiver Gespräche, bisher nicht statt. Der Sanierungsbedarf der Gebäude ist seit Jahren festgestellt, aber Mittel wurden nicht zur Verfügung gestellt beziehungsweise hat die zuständige Fachverwaltung die Sanierung des eigenen Eigentums nicht in Angriff genommen.

Die beschriebenen neuen Projekte (Fachstelle Migration, Pflege, Alter, Aktivmobil, Ombudsstelle) ermöglichen den Landesverband zum einen im operativen die Arbeitsschwerpunkte Jugend als auch Senioren weiter zu stärken und innovativ zu halten. Die in diesen Projekten generierten Verwaltungsgemeinkosten werden in die Stärkung der Struktur (Support, Leitung) investiert und stabilisieren damit das Unternehmen.

Als Risiko ist die Haushaltslage des Landes Berlin anzusehen und die damit verbundenen inkongruenten Vorgehensweisen der einzelnen Fachverwaltungen in Bezug auf die Tarif-Refinanzierung (Zusagen zu Förderbeginn; Zusagen erst zum Jahresende). Dies kann im Extremfall zur Leistungsreduzierungen und damit zu Anpassungen der Arbeitsverträge führen.

Ähnlich komplex gestaltet sich die Situation der Bundesgeförderten Projekte – vornehmlich der Migrationsberatung für Erwachsene (MBE). Hier kann es aufgrund des zunehmenden Eigenmitteleinsatzes zu Reduzierung des Angebotes in 2025 kommen.

Berlin, den 19. Juni 2025



Oliver Bürgel
Landesgeschäftsführer
AWO Landesverband Berlin e. V.